

Junge Welt 06112019

**Franz Lehár und das Ende des Sozialismus**

---

Junge Welt 03072019

**Die Arbeiter von Mauthausen, fliegende Brücken und trimodale Verkehre**

Junge Welt 31012019

**Apatin an der Donau – Deutscher Widerstand gegen deutsche Nazi**

---

Junge Welt 09102019

**Wien, die SPÖ-Zentrale nach der Wahl**

---

Junge Welt Themenseite 8. und 10. Juni 2019

**Die List der Geschichte oder die Maßnahmen der Aufklärung,  
Abteilung Österreich Essay, 37 000 Zeichen**

Herr Groll war mit dem Dozenten in der Westslowakei an der Donau unterwegs. Nach der Überquerung der Donau in Bratislava bewegten sie sich auf der E 575 stromabwärts.

„Ihre Knochen quietschen“, bemerkte Groll.

„Was sagen Sie da?“ Der Dozent sah von seinem Tablet auf.

„Ihre Knochen quietschen. Ich habe es vorhin, als Sie nach Ihrem stoffwechselbedingten Ausflug in die Steppe der Schüttinsel wieder eingestiegen sind, deutlich gehört. Vor allem die langen Röhrenknochen der unteren Extremitäten quietschen ganz erbärmlich. Hören Sie das nicht?“

„Ich weiß nicht, wovon Sie reden“, sagte der Dozent unwirsch und machte sich wieder an seinem Tablet zu schaffen.

„Sie sollten sich in Dunajská Streda zur Kur einfinden“, ließ Groll nicht locker. „Die chemische Zusammensetzung des Wassers steht dem berühmten Bad Pistyan, das im übrigen nur eine Autostunde von uns entfernt am längsten Fluß des Karpatenbeckens, der beschaulichen Váh oder Waag liegt, in nichts nach. Die Therme dort vorn wurde noch im Sozialismus, im Jahr 1974, eröffnet. Und in Bad Pistyan werden heute noch alle Lehár-Operetten gespielt.“

„Alle?“ Der Dozent sah nicht auf.

„Alle. Ausnahmslos alle, und das ohne Unterbrechung. Kein Wunder, Ferenc Lehár stammt aus der Gegend, aus Komárno. Einen guten Progreß auf dieser Landstraße vorausgesetzt, erreichen wir die Hafen- und

Werftstadt an der Donau in zwanzig Minuten. Lehárs Vater war Militärkapellmeister und sein Bruder verdingte sich als General in der mächtigen habsburgischen Festung, deren Erdwälle und Bauten heute noch auf beiden Seiten des Stroms die Stadt prägen.“

„Interessant“, murmelte der Dozent und vertiefte sich in seinen Computer. „Lehár hat es nie über Bad Pistyan hinausgebracht“, fuhr Groll fort, korrigierte sich aber sogleich. „Doch! Ein paar Mal war er in Berlin, wo er am Schoß des Führers Platz nehmen durfte, der Lehárs Musik liebte. Die Verehrung geht auf Hitlers Wiener Jahre vor dem Ersten Krieg zurück, in denen er zwischen den Stehplätzen der Staatsoper, die Wagner-Schinken gab und jenen in der Volksoper wechselte, wo das sogenannte goldene Zeitalter der Operetten sich darin äußerte, daß die schmalzigsten Melodien mit den vertrotteltsten Libretti wetteiferten, dies aber so leidenschaftlich, daß Sigmund Freud, Wilhelm Reich und Alfred Adler nichts anderes übrig blieb, als neue, revolutionäre Therapien zu entwickeln, die zumindest einige Menschen vor dem Sturz in die ewige Nacht der Operette bewahrten. Wie bedrohlich diese musikalische Massenvernichtungswaffe, deren sedierende Wirkung von Helene Fischer und Andreas Gabalier nicht annähernd erreicht wird, tatsächlich ist, mögen Sie daran ermessen, daß im burgenländischen Weinort Mörbisch am Neusiedlersee im Schilfgürtel jedes Jahr monumentalistische Operettenspiele abgehalten werden. Hunderte Busse karren tagtäglich Zehntausende Operettenliebhaber an, die sich in immer denselben Lehár-Operetten verlieren und als behandlungsbedürftige Wracks die Heimreise antreten. Das einzige, was sie aus der musikalischen Umnachtung reißt, sind die Gelsenschwärme.“

Der Dozent hob den Blick und lächelte. „So gesehen ist das Insektensterben die Rettung der Operette!“

Herr Groll schüttelte den Kopf und beschleunigte seinen klapprigen Wagen auf sechzig Stundenkilometer, um trotz des starken Gegenverkehrs eine landwirtschaftliche Zugmaschine zu überholen.

„Verehrter Dozent, es ist genau umgekehrt: Das Insektensterben ist eine direkte Wirkung der Operettenmusik. In lauen Sommernächten krepieren die armen Gelsen und andere Stechmücken unter dem Einfluß der gewaltigen Seebühne mit ihren Kriegstürmen, auch Tonanlagen genannt, zu Myriaden. Auch die Öffnung der ungarischen Grenze für die paar hundert DDR-Bürger, die 1989 nach Österreich flüchteten, vollzog sich in den Wäldern oberhalb von Mörbisch. Die ungarische Grenze verläuft dort sehr nah an der Ortschaft, die Operettenmusik ist meilenweit zu hören. Die ungarischen Grenzer waren von der Musik benebelt ...“

„Ich dachte immer, am Ende der DDR stand der Klassenfeind ...?“

„Viel schlimmer: Lehárs Operetten! Mit dem Klassenfeind hatte man umzugehen gelernt. Dem Gesülze und Gehölzel aber waren die Grenzschrützer schutzlos ausgeliefert.“

So habe er die Sache noch nicht gesehen, sagte der Dozent kleinlaut.

Ein materialistischer Zugang lasse keine andere Sichtweise zu, beschied Groll.

---

Junge Welt 03072019

### **Die Arbeiter von Mauthausen, fliegende Brücken und trimodale Verkehre**

Herr Groll und der Dozent forcierten die Donaupromenade vor dem Markflecken Mauthausen mit seinen reichen Bürgerhäusern.

Verständlicherweise werde der Markt mit den hier begangenen Menschheitsverbrechen in Verbindung gebracht, keinesfalls wolle er den Horror relativieren, er halte es aber für zulässig, darauf zu verweisen, daß Mauthausens Geschichte vielfältiger sei. Das Grauen des NS-Regimes und die Wunden, die hier der Menschheitsgeschichte geschlagen wurden, würden durch den Kontrast zur übrigen Entwicklung der Region nur umso schwerer verkraftbar.

Herr Groll beschleunigte, der Dozent hielt mit langen Schritten dessen Tempo. Der Ort habe sich Ende des zehnten Jahrhunderts aus einer Mautstätte entwickelt, führte er aus. „Im Jahre 1192 wurde er als „Muthusin“ erstmals urkundlich erwähnt.“

„Also eine frühe osmanische Kolonie an der oberen Donau“, merkte Herr Groll an.

„Der Name ist mittel- oder althochdeutsch“, korrigierte ihn der Dozent.

„In aufgeklärten Kreisen ist das dasselbe“, beharrte Groll. „Als Verfechter des multimodalen Verkehrs sind wir Floridsdorfer, die auch auf einen mehrtausendjährige Geschichte am Strom verweisen können, nicht kleinlich.“

Der Dozent hielt in seinem forschen Gang inne. „Was um Himmelswillen, ist multimodal?“

Herr Groll bremste den Rollstuhl ein. „Haben Sie noch nie von ‚multimodalen Verkehren‘ gehört?“

Diese sexuelle Praxis sei ihm tatsächlich unbekannt, gestand der Dozent. Wahrscheinlich handle es sich um eine Kombination artistischer Kopulationstechniken. Er sei diesbezüglich eher ein Anhänger der alten Schule. Er habe nichts gegen Bewegung beim Sex, im Vordergrund müsse aber das Lusterlebnis und nicht die sportliche Leistung stehen.

„Multimodale Verkehre haben mit Sexualität nichts zu tun, obwohl ich zugeben muß, daß dem Begriff eine gewisse Erweiterung in der von Ihnen vermuteten Weise gut anstünde“. erwiderte Groll. „Noch handelt es sich

aber um einen Schlüsselbegriff aus der Logistikbranche. Dort vorn sehen Sie am anderen Ufer die Einfahrt zum Donauhafen von Enns, wo Transportleistungen von Bahn, LKW und Schiff erbracht werden – eben multimodale Verkehre.“ - „Ich verstehe“, sagte der Dozent. „Danke für den sachdienlichen Hinweis. Darf ich mit meinen Ausführungen über Mauthausen fortfahren?“

Herr Groll nahm die Rechte vom Treibreifen des Rollstuhls, machte eine einladende Handbewegung und setzte sich dann wieder in Bewegung. „Unter den Babenbergern, jenem Geschlecht, das 1156 im Konflikt zwischen Welfen und Staufern zu Herzögen von Österreich befördert wurde, kam es zu einem Aufleben der Donauschifffahrt“, führte der Dozent aus. „Die Gemahlin des Babenbergers Heinrich Jasomirgott, Herzogin Teodora, stammte aus Byzanz und hatte daran einen großen Anteil. Die Donau war für sie die beste Verbindung zur alten Heimat. Im Jahre 1505 wurde bei Mauthausen bereits eine erste Holzbrücke über die Donau errichtet, die später durch Fähren oder `Fliegende Brücken` ersetzt wurde. Besondere wirtschaftliche Bedeutung erlangte Mauthausen als Zwischenstation im Salzhandel, im 19. Jahrhundert trat allerdings die Mauthausener Steinindustrie an dessen Stelle. Die Straßenpflasterungen, Denkmalsockel und Kirchenbewehrungen in allen großen Städten der Donaumonarchie stammen aus Mauthausen. Die nahe Landeshauptstadt Linz sei ohne Mauthausener Marmor und Granit undenkbar. Auch die Nazis begeisterten sich für den Mauthausener Granit. Sie setzten ihn für ihre Monumentalbauten ein, für das Nürnberger Reichsparteitaggelände, den Autobahnbau und andere Monumentalbauten des NS-Regimes. Daß die Vorfahren des Führers aus dem weiteren Umland stammten, tat dem Boom keinen Abbruch.“

„Das wird wohl auch der Grund gewesen sein, warum die NS-Raumordnungsspezialisten hier, im Kernland des Granitabbaus mit seinen

vielen Steinbrüchen, das größte Konzentrationslager auf ostmärkischem Gebiet errichteten“, warf Herr Groll ein.

Der Dozent nickte.

„Ein Schubverband mit bulgarischen Hoheitszeichen ordnete sich am linken Donauufer in die Fahrrinne ein. Die beiden Freunde setzten sich wieder in Bewegung.

„Ich möchte Ihr Augenmerk auf eine stolze Geschichte aus der jungen Arbeiterbewegung von Mauthausen lenken“, sagte der Dozent. „Im Jahre 1876 reagierten die Steinarbeiter auf die sich verschärfende Ausbeutung, indem sie den Betriebsführer verprügelten und in einen Bach warfen.“

„Warum nicht in die Donau?“ wollte Groll wissen.

Der Dozent lächelte. „So klar und pragmatisch die Arbeiter in ihrem Handeln waren, so umsichtig und weitblickend waren sie auch. Um die Wasserqualität des Stroms stand es damals nicht zum Besten, da wollten sie eine weitere Verschmutzung nicht riskieren.“

„So muß man sich wohl die Versöhnung von Ökologie und Ökonomie vorstellen“, meinte Herr Groll. Der Dozent lächelte fein.

4180

Junge Welt, 31.1.2019

### **Apatin an der Donau – Deutscher Widerstand gegen deutsche Nazi**

Ermittlungen führten Herrn Groll und seinen Freund, den Dozenten, in die Bačska, jenen Teil der serbischen Vojvodina, der zwischen den Flüssen Theiß und Donau liegt. Seit dem siebten Jahrhundert ist in der Gegend eine slawische Bevölkerung nachgewiesen, im frühen achtzehnten Jahrhundert

wurden mit hunderten Holzschiffen, sogenannten „Ulmer Schachteln“, Straffällige, Prostituierte und andere Menschen am Rande der Gesellschaft in das von den Türkenkriegen entvölkerte Land geschickt. Bis zum Aufkommen der Nazi und dem Zweiten Weltkrieg war der fruchtbare Landstrich von verschiedenen Völkerschaften – Deutschen, Ungarn, Kroaten, Juden, Rumänen, Slowaken und Serben – bewohnt und galt als blühendes Gebiet, in dem die Landwirtschaft und die Konsumgüterindustrie ebenso gediehen wie die Wissenschaften und die Kunst. Die Kleinstadt Apatin, unweit des ungarischen Grenzortes Mohács an der Donau gelegen, war um 1900 ein Zentrum der Deutschtums im damals habsburgischen Slawonien. Am Ufer der Donau gab es mehrere Dutzend Schiffsmühlen, im Ort befand sich eine große Brauerei. In den dreißiger Jahren tat sich in der deutschen Volksgruppe befeuert vom Aufstieg der NSDAP im Reich, ein tiefer Riß zwischen den jungen „Erneuerern“ und den Alteingesessenen auf. Die Katholischen nannten die Jungen „Neuheiden“, die wiederum schmierten Hakenkreuze an die Kirchtore und bekämpften die Christen als „Volksverräter“. Nach dem Krieg, der von vielen Deutschen aus Apatin begeistert mitgetragen, von einigen wenigen aber auch boykottiert wurde, rächte sich die neue Republik an den NS-Verbrechern mit der Ausweisung der verhassten Deutschen, wobei Fragen nach individueller Schuld nicht gestellt wurden und viele Apatiner ums Leben kamen. Nach dem Kroatienkrieg Mitte der neunziger Jahre, der wiederum einen Bevölkerungsverlust bedeutete, ist Apatin heute ein unbedeutendes Städtchen mit überwiegend serbischer Bevölkerung.

Der Dozent hatte vor, in einem Vortrag zwei Formen des Widerstands gegen die Nazi zu untersuchen. Die eine ging vom führenden Geistlichen Apatins, Martin Berenz, aus, der zehn Jahre lang in seiner Zeitschrift „Donau“ einen leidenschaftlichen Kampf gegen die Jungbraunen führte. Als die Wehrmacht am 16. März 1944 in Ungarn einmarschierte, wurde Berenz verhaftet und als Widerstandskämpfer in ein KZ geworfen. Der Erzbischof



von Kecskemét setzte sich erfolgreich für seine Freilassung ein. Berenz überlebte den Krieg und starb 1968 in Apatin. Schon 1942 hatte er den Nazi in Aussicht gestellt, daß sie in ihrem Furor dafür sorgen würden, daß eines nicht allzu fernen Tages alle Deutschen aus Apatin vertrieben würden. Aber nicht nur katholische Widerstandskämpfer gab es in Apatin. Ervin Šinko war ein Revolutionär, der sich 1919 der Ungarischen Räterepublik 1919 anschloß und ein Mitstreiter von Georg Lukács war. Ihn verband auch eine Freundschaft mit dem österreichischen Arbeiterführer Koloman Wallisch, der noch vor der Ankunft von zwölfhundert österreichischen Internationalisten in Ungarn an der Seite der Räterepublik gegen die Franzosen und Rumänen kämpfte. Im Frühling 1919 war Wallisch Stadtkommandant von Szeged und rief dort die „Diktatur des Proletariats“ aus, die aber nach fünf Tagen von den Franzosen niedergekämpft wurde. Ervin Šinko war zu dieser Zeit Kommandant in der unweit gelegenen Hauptstadt der Tiefebene, Kecskemét. Nach der Niederlage der Räterepublik floh er vor dem Weißen Terror, dem mehrere Tausend Anhänger und Kämpfer zum Opfer fielen, nach Paris und Moskau und war mit Romain Rolland, Maxim Gorkij und Isaak Babel befreundet. Ervin Šinko war sein Nom de guerre, eigentlich hieß er Ernst Spitzer. 1938 ging er nach Zagreb und kämpfte während der deutschen Besetzung unter dem Namen Franjo Spitzer als Partisan. Nach dem Krieg arbeitete er als Professor für Ungarische Literatur an der Universität Novi Sad. Der Dozent wollte an Spitzers Beispiel zeigen, daß der nichtkonfessionelle Widerstand nachhaltigere Folgen zeitigte als der religiöse. Herrn Groll waren diese Überlegungen fremd, sein Interesse konzentrierte sich auf den Donauhafen von Apatin und eine Fischsuppe. Er nahm sich aber vor, daß er, sollte er auf eine Gedenktafel für Genossen Šinko stoßen, eine Rote Fahne mit Hammer und Sichel, die er immer seinem Rollstuhlnetz mitführte, an der Tafel anbringen würde.

JuWe 09102019

### **Wien, die SPÖ-Zentrale nach der Wahl**

Er wolle im Lichte des für die SPÖ katastrophalen Wahlergebnisses die Zukunft der Sozialdemokratie einschätzen, hatte Herr Groll gesagt, dies erfordere einen Besuch in der Parteizentrale in der Löwelstraße hinter dem Burgtheater. Aus der Partei seien Rufe laut geworden, die eine Neugründung forderten, die Vorsitzende wolle es aber bei einer Neuaufstellung belassen. Tatsächlich handle es sich um die schwerste Krise der SPÖ seit dem Abzug der Alliierten im Jahr 1955. Der Dozent befestigte sein Rennrad an einem Straßenschild. Herr Groll bewunderte die azurblaue Maschine. Er habe sie erst vor wenigen Tagen erworben, um fünftausend Euro, erklärte der Dozent. „Das Rad wird von einer Kooperative namens Orbea hergestellt, stammt also aus nicht entfremdeter Arbeit. Die Manufaktur liegt im Baskenland, in einem kleinen Dorf in der Nähe von Bilbao. Ich plane kommendes Frühjahr eine Reise in die Gegend, selbstverständlich mit dem Rad“, fügte er hinzu.

„Bemerkenswert“, sagte Groll und öffnete die schwere Eingangstür. Sie gab den Weg frei in einen luxuriös gestalteten Gang, von dessen Ende eine Treppe abführte. Davor befand sich eine weiße Rampe, die vor einem Lift endete. Herr Groll war angetan, wunderte sich aber, wo der Portier der SPÖ geblieben war. War auch er der Digitalisierung zum Opfer gefallen?

Ein Mann kam den beiden entgegen, er grüßte freundlich. Der Dozent identifizierte ihn als Wirtschaftssprecher der NEOS. In Zeiten beginnender Koalitionsverhandlungen sei es nicht ungewöhnlich, daß die Parteien miteinander Kontakt hielten, meinte er.

Herr Groll fuhr ein paar Schritte zur Seite und deutete auf zwei Schilder.

„Wir sind nicht im SPÖ-Hauptquartier, hier sind die NEOS und die aus dem Parlament geflogene Liste JETZT, das Derivat der Grünen, beheimatet.“

Minuten später hatten sie die richtige Tür gefunden. Die berühmte

„Löwelstraße“, wie die SPÖ-Zentrale bei Journalisten gern genannt wird, entpuppte sich als heruntergekommener Gang, von dem linkerhand ein

Vorraum abzweigte. Auf einer Seite befand sich ein ärmlicher

Zeitschriftenstand, der Blätter von SPÖ-Organisationen ausstellte. Im

Hauptgang stapelten sich mächtige Drucker und Kopiergeräte, einige mit

offenen Eingeweiden. Kabel hingen von den Geräten, Elektroschrott

bedeckte den verschliffenen Klinkerboden. Hin und wieder schlurften

Männer in blauer Arbeitskleidung durch die Gänge. Frauen waren nicht zu

sehen. Der Portier in seiner Loge, die aus der Zeit des Staatsvertrages zu

stammen schien, war ein älterer, freundlicher Herr. Er nuschte stark, seine gebeugte Körperhaltung und seine warmen Augen nahmen Groll für ihn ein.

Der Portier wurde von den wenigen müden und hohlwangigen Menschen, die ein- und ausgingen, respektvoll begrüßt.

Vor fünfzehn Jahren sei er hier mit einer Abordnung behinderter Aktivisten gewesen, sagte Groll. Damals waren auf dem Zeitschriftenstand noch

internationale Tageszeitungen ausgelegt, ein paar Jahre später, es war die

Ära von Parteichef Faymann, der die politische Arbeit mit der Liebedienerei

vor Boulevard und Kapital verwechselte und bei der 1. Mai Kundgebung

von der Tribüne gepfiffen wurde, habe sich der heutige Tag schon

abgezeichnet. Faymann habe nur die Kronenzeitung aufgelegt. Der Portier

hatte ein wehmütiges Lächeln aufgesetzt. Groll erkundigte sich, ob der

Halbstock zum Lift endlich barrierefrei sei, wie es vor Jahrzehnten schon

versprochen geworden war. Der Portier winkte Groll zu sich und zeigte ihm zwei Alurampen, die an der Wand seiner Loge lehnten. Über sechs Stufen ist diese Rampe viel zu steil, sie mit einem Rollstuhl, gar mit einem E-Rollstuhl zu benutzen, käme einem Selbstmordversuch gleich, sagte Groll mit verhaltenem Zorn. Daraufhin schaute ihn der Portier mit großen und traurigen Augen an und sagte kein Wort.

Als sie wieder auf die Straße traten, fiel dem Dozenten auf, daß die legendäre Parteibuchhandlung im Keller des Hauptquartiers nicht mehr existierte. Sie habe schon vor Jahren kapituliert, sagte Groll.

„Nach Neugründung schaut es hier nicht aus“, meinte der Dozent. „Auch nicht nach Neuaufstellung – was sowieso ein unsinniges Wort ist.

Geschätzter Groll! Was wir hier im Herzen des politischen Österreich vor uns sehen ist Auflösung, Abbruch, Verfall. Die Sozialdemokratie wird untergehen, ohne es zu einer barrierefreien Parteizentrale gebracht zu haben.“

„Sie erwarten nicht, daß ich deswegen in Trauer falle“, erwiderte Groll.

„Kommen Sie! Laden Sie uns auf ein Glas Wein ins Café Landtmann ein!“

Der Dozent holte sein Rennrad und folgte Groll über die Straße.

Erwin Riess

Junge Welt Themenseite 8. und 10. Juni 2019

***Die List der Geschichte oder die Maßnahmen der Aufklärung, Abteilung  
Österreich***

Am 17. Mai 2019 kollabierte das politische System der Zweiten österreichischen Republik. Zum ersten Mal wurde einer gesamten Bundesregierung von der Mehrheit des Parlaments das Misstrauen ausgesprochen. Der Bundespräsident setzte daraufhin eine Expertenregierung mit Verfassungs- und Verwaltungsrechtlern und Spitzenbeamten ein. Diese Übergangsregierung steht erstmals in Österreich unter der Leitung einer Frau, der 69-jährigen Präsidentin des Verfassungsgerichtshof, Brigitte Bierlein. Die Bundeskanzlerin wird bis zur Bildung einer neuen Regierung im Spätherbst dieses Jahres oder auch später im Amt bleiben.

Auslöser der politischen Krise war die Selbstsprengung der FPÖ infolge eines Videos, das die Führerfigur Strache und den präsidenten Nachfolger Gudenus in politische Aus katapultierte. Auch wenn Strache seine EU-Mandat annehmen sollte, niemand wird mit ihm mehr eine Regierung bilden, dasselbe gilt für den rechtsradikalen Innenminister Kickl, der wie alle anderen FPÖ Minister und Ministerinnen das Amt verlor und von der Schaltstelle des staatlichen Sicherheits- und Repressionsapparats ins heimische Parlament als geschäftsführender Klubobmann wechseln muß. Auch die parteilose aber auf einem FPÖ-Ticket segelnde Außenministerin Kneissl ist ihr Ministerium los. Sie kann nun in Ruhe Überlegungen anstellen, wie klug es war, sich von einer FPÖ protegieren zu lassen, die bislang verlässlich jede Regierungsbeteiligung ob in Kärnten oder auf Bundesebene mit einem Skandal beendete, der seine Runde durch die Weltpresse macht und Österreich als wirtschaftlich und touristisch cleveres Land punziert, das

immer wieder von politischen Abenteurern bedrängt und teilweise übernommen wird, die tief in der deutschnationalen und braunen Geschichte wurzeln. Im Ibiza-Video entwarfen Strache und Gudenus ein veritables Programm für eine Diktatur. Von der Beschneidung der Pressefreiheit, der Gleichschaltung und Übernahme der auflagenstärksten Tageszeitung, der engen Anlehnung an das erratische Orbán'sche Ungarn, kriminellen Parteispenden „am Rechnungshof vorbei“, gekauften öffentlichen Bauaufträgen samt Ausschaltung des liberalen Bautycoons Haselsteiner von der STRABAG, der Privatisierung und „Umdrehung“ des öffentlich-rechtlichen Fernsehens bis zum Verkauf des heiligen österreichischen Trinkwassers waren alle Zutaten für eine profaschistische Regierung angerührt. Außenpolitisch wurde eine enge Kampfgemeinschaft mit Salvini und Co angestrebt – womit die zum Deutschen Reich konkurrenzfaschistische „Achse“ Italien (Mussolini), Österreich (Dollfuß) und Ungarn (Horthy) der dreißiger Jahre wieder aufleben sollte.

Daß dieser Angriff auf die Geschäftsgrundlagen der Zweiten Republik, die antifaschistisch, bürgerlich liberal und rechtsstaatlich organisiert und trotz Neutralität westlich-europäisch ausgerichtet ist, abgewehrt wurde, zählt zu den größten Überraschungen der neueren europäischen Geschichte. Die FPÖ ist zwar nicht zerstört, wohl aber sehr weit von künftigen Regierungsbeteiligungen entfernt. Mit dieser Partei, das wissen nun SPÖ und Sebastian Kurz definitiv, können nur Desperados koalieren. Auch wenn ein Drittel der österreichischen Wählerinnen und Wähler im Lager der FPÖ verbleibt und Verschwörungstheorien nachläuft, mit den Spitzen dieser Partei will kein vernunftbegabter Mensch mehr im Kaffeehaus gesehen werden. Daß die Rettung des bürgerlichen politischen Systems nicht von der Opposition oder Repräsentanten der sogenannten Zivilgesellschaft, sondern vom Ausland, in dem Fall von den „linken“ (O-Ton Harald Vilimsky, Führungsperson der FPÖ im Europaparlament) Presseorganen wie „Süddeutsche Zeitung“ und „Spiegel“ ins Werk gesetzt wurde, ist bezeichnend.

Bedenkt man die Geschichte Österreichs, ist das kein Novum. 1918 verdankten wir die Erste Republik nicht einer Revolution, sondern der krachenden Niederlage der

verantwortungslos-vertrottelten Habsburger Kaisergang im Ersten Weltkrieg. 1945 verdankten wir das Ende der Blutsäuferei und Schlachtorgien und die Herstellung menschenrechtlicher Verhältnisse den vier alliierten Armeen, die einen hohen Blutzoll für die Befreiung Österreichs entrichteten – allein bei der Schlacht um Wien, deren Ausgang von vornherein feststand, fielen mehr als 20.000 sowjetische Soldaten. Den antifaschistischen Staatsvertrag mit demokratischen Auflagen verdanken wir dem beginnenden Tauwetter des Kalten Kriegs zwischen USA und UdSSR. Und die erste Frau an der Regierungsspitze innerhalb eines Experten- oder Beamtenkabinetts verdanken wir der Veröffentlichung des Ibiza-Videos in den genannten deutschen Medien.

Wer ergründen will, warum die Reparaturfähigkeit des politischen Systems in Österreich so schwach ausgeprägt ist, muß einen Blick auf die historischen Grundlagen werfen.

Als Adolf Hitler am 12. März 1938 auf dem Weg nach Linz war, dachte er noch nicht an die vollständige Annexion Österreichs. Nur ein knappes Viertel der Bevölkerung befürwortete den "Anschluß", warnte die Gestapo, Widerstand von Nazigegegnern sei nicht auszuschließen.

Der Jubel an den Straßen zerstreute aber Hitlers Befürchtungen, und als er in Linz einzog, war er sich seiner Sache schon so sicher, daß er der schlecht vorbereiteten Wehrmacht befahl, auf dem schnellsten Weg nach Wien vorzustoßen. Zwar kamen fünfundzwanzig deutsche Soldaten bei Verkehrsunfällen ums Leben, auch blieb ein Großteil der motorisierten Truppen sechzig Kilometer vor Wien aus Mangel an Treibstoff liegen; da aber keinerlei Feindberührung zu verzeichnen war, marschierte die angeschlagene Wehrmacht dennoch in der Hauptstadt ein. Der "Blumenkrieg" war gewonnen, die "Ostmark" erobert.

"Austria will sooner or later go Nazi", hatte ein englischer Diplomat im Sommer 1934 nach London gekabelt. Das war nach dem niedergeschlagenen Nazi-Putsch (im dessen Verlauf Bundeskanzler Dollfuß am Regierungssitz im Ballhausplatz ermordet

wurde) und den folgenden bürgerkriegsartigen Gefechten, die besonders in der Steiermark und in Kärnten heftiger waren, als die Kämpfe nach dem Arbeiteraufstand im Februar desselben Jahres. Die Bezirksstadt Wolfsberg war fast eine Woche umkämpft, jenes Wolfsberg, wo die FPÖ bei den jüngst abgehaltenen Wahlen zum Europäischen Parlament trotz des Ibiza-Videos Stimmen und Prozente zulegte – wie in der Landeshauptstadt Klagenfurt und dem Industriezentrum und Eisenbahnknotenpunkt St. Veit sowie vielen Gemeinden des traditionell „nationalen“ Oberkärntens, einer Region, in der die FPÖ bei den Nationalratswahlen des Jahres 2017 mit 31,8% zur stärksten Partei wurde, was einem Zugewinn von 14% entsprach.

1936 wurden in Wien Nationalsozialisten in die Regierung aufgenommen, und am Abend vor dem Einmarsch ernannte der österreichische Bundespräsident Miklas den NSDAP-Innenminister Seyss-Inquart zum Bundeskanzler. Stunden zuvor – in einigen Städten wie in Graz schon Tage zuvor, hatten die österreichischen Nazi die Macht übernommen, vor der Wiener Oper tobte bereits am Abend des 11. März der antisemitische Mob. Hitler marschierte also in ein bereits "befreites" Land ein. Das österreichische Bundesheer, das vier Jahre zuvor noch tapfer mit schwerer Eisenbahnartillerie während der Niederschlagung des Arbeiteraufstands vom 12. Februar 1934 in Wiener Gemeindebauten schießen ließ, gab keinen einzigen Schuß ab. Obwohl der Leiter des Generalstabs Oberst Jansa für Gegenwehr plädierte – wie sich zeigen sollte, wären bei der jämmerlichen Verfassung der einmarschierenden Wehrmacht die Chancen nicht so schlecht gestanden; möglicherweise hätte man den Einmarsch sogar abgewehrt oder zumindest in einem mehrtägigen Kampf vor der Weltöffentlichkeit demonstriert, daß Österreich sich nicht kampflös ergibt. All die aus der feigen Kapitulation resultierenden staatsrechtlichen Probleme, die die Zweite Republik von den Staatsvertragsverhandlungen der frühen fünfziger Jahre bis zur „Waldheim-Affäre“ der späten achtziger Jahre, hätten vermieden werden können oder wären zumindest unter weit besseren Vorzeichen abgehandelt worden, wenn das Bundesheer seinen verfassungsmäßigen Auftrag, die Grenzen und Integrität Österreichs zu schützen,



erfüllt hätte. Aber der Oberbefehlshaber des Bundesheers, Staatspräsident Miklas, und der diktatorisch regierende Kanzler Schuschnigg steckten nicht nur tief im deutschnationalen Sumpf und bezeichneten austrofaschistische Konkurrenzdiktatur zum Dritten Reich als den besseren, deutschen Staat, sie hassten die „Roten“ so sehr, daß deren bei illegalen Betriebsrätekonferenzen beschlossene verzweifelte Angebote einer Bewaffnung der Arbeiterschaft zur Abwehr des Überfalls ausgeschlagen wurden. Bevor man sich mit den „Roten“ einließ, gab man lieber das Land verloren. Eine Haltung, die auch die Karriere von Ex-Kanzler Kurz (der sich im September aufmacht, die absolute Mehrheit zu holen und am Tag nach dem Verlust Wahlkampfmodus wie t Mischung aus Weinerlichkeit (die böse SPÖ tut sich mit den Blauen zusammen) und Aggressivität (sie werden schon sehen, was sie damit ernten) durchzieht.

Der Wahrheit die Ehre zu geben, muß man hinzufügen, daß Bundesheer, Polizei und Beamtenschaft in den Jahren vor den Iden des März 38 von illegalen Nazis (Partei und SS) durchsetzt waren; die eine fanatische Wühl- und Droharbeit verrichteten. In der Nacht des elften März 1938 hielt Schuschnigg seine letzte Radioansprache an das österreichische Volk. „Wir weichen der Gewalt“, hieß es da, „es dürfe unter keinen Umständen deutsches Blut vergossen werden, weshalb das Bundesheer, das er als Wehrmacht (!) bezeichnete – keinen Einsatzbefehl erhalten hatte. „Wir haben, weil wir um keinen Preis, auch in dieser ernsten Stunde nicht, deutsches Blut zu vergießen gesonnen sind, unserer Wehrmacht den Auftrag gegeben, für den Fall, dass der Einmarsch durchgeführt wird, ohne wesentlichen Widerstand, ohne Widerstand sich zurückzuziehen und die Entscheidungen der nächsten Stunden abzuwarten. ... So verabschiedete ich mich in dieser Stunde von dem österreichischen Volke mit einem deutschen Wort und einem Herzenswunsch: Gott schütze Österreich!“

"Dieses Volk von Dienstboten hat nur das bekommen, was es verdient", notierte der französische Militärattaché nach dem Einmarsch der Wehrmacht. Am 13. März 1938 beschloß der österreichische Ministerrat das Verfassungsgesetz über die

Vereinigung mit dem Deutschen Reich. Das Protokoll endet mit den Worten: "Die Mitglieder der Bundesregierung erheben sich zur Feier der Stunde von den Sitzen und leisten den deutschen Gruß."

1938 befanden sich laut Ernst Hanisch - Autor einer Studie über Österreich im 20. Jahrhundert - ein Viertel der Wiener Betriebe im Eigentum jüdischer Besitzer, die "Arisierung" hatte eine überaus bedeutende materielle Dimension, sie war im Kern der größte Raubzug der Geschichte, ins Werk gesetzt von den Nazis und einer entfesselten, beutegierigen Bevölkerung.

Allein in Wien wurden 70.000 Wohnungen arisiert. Die Aussicht auf Beute führte zu einem Sturm auf die Parteilokale, im Nu waren 700.000 NSDAP- Mitglieder registriert. Die Parteiführung mußte einen Aufnahmestopp verhängen. In vielen Städten kam es zu „spontanen“ Raubzügen und Überfällen auf die jüdische Bevölkerung. Verzweifelt kabelte der SS-Führer der mittelalterlichen Stadt Krems an der Donau, derselbe Mann, der den Abt des Stifts St. Pölten vor den versammelten Benediktinern höchstpersönlich ohrfeigte und aus dem Stift eine NSDAP-Schule machte, er werde der Mordlust der Volksgenossen nicht mehr Herr, die Juden würden nicht geordnet abgeführt, sondern auf der Straße erschlagen, das gebe ein schlechtes Bild, er ersuche dringend um zusätzliche Polizeikräfte. Zur selben Zeit wurden 100.000 politische Gefangene gemacht, die ersten Züge mit prominenten Nazi-Gegnern gingen noch in der Nacht des 13. März, dem Tag an dem Hitler triumphierend in „seinem“ Linz eintraf, nach Dachau ab. Die Listen der Nazigegner wurden von der SS, dem Reichssicherheitsdienst und der Gestapo schon seit Jahren geführt und penibel aktualisiert. Die jüdische Bevölkerung - annähernd 200.000 Menschen - wurde zuerst im zweiten Wiener Gemeindebezirk „konzentriert“ und dann vom Aspanger Bahnhof in Viehwaggons in die Vernichtungslager des Ostens gekarrt. Ein Drittel der österreichischen Juden wurde ermordet, ein Drittel konnte unter Zurücklassung ihres Besitzes gerade noch rechtzeitig ins Ausland fliehen, ein Drittel überlebte versteckt und in ständiger Todesangst. In den Tagen nach dem Einmarsch beeilten sich die Städte und Gemeinden in den Zeitungen zu inserieren, daß ihr Nest nun „judenrein“ sei.

2018 sprach FPÖ-Innenminister Kickl von der Konzentrierung von Asylwerbern an den Stadtgrenzen von Wien, zehn Jahre zuvor hatte der damalige FPÖ-Landeshauptmann von Kärnten, Jörg Haider, verkündet, man werde Flüchtlinge und Asylwerber in einem entlegenen Jugendheim in den Kärntner Bergen „konzentrieren“. Soviel zur Kontinuität der Bestialität in den Äußerungen der FPÖ. Zu keinem Zeitpunkt seit ihrer Gründung 1955, als sich SS-ler und NS-Chargen zusammentaten, um den antisozialistischen, antichristlichen Teil der Bevölkerung zu organisieren, der sich euphemistisch das „nationale“ Lager“ nannte, ließ die FPÖ vom prägenden faschistischen Erbe ab. Die gezählten 67 „Einzelfälle“ der Regierung Kurz-Strache, die faschistische verbale und sonstige Attacken gegen Juden und „Fremdrassige“ umfasst, waren Botschaften aus der DNA dieser Partei. Ob Liederbücher in Burschenschafterbuden, in denen es hieß „Auf, Kameraden, wir schaffen die siebte Million“ (gemeint waren ermordete Juden) oder die permanente Zerstörung von Porträts von NS-Überlebenden, die derzeit auf der Wiener Ringstraße ausgestellt sind – das faschistische Herz der Republik bricht sich Bahn, und wie seinerzeit ist die hochgerüstete Polizei nicht in der Lage oder Willens, die paar Bilder vor dem Zugriff des braunen Mobs zu schützen. Daß auch das Denkmal der Sowjetarmee auf dem Wiener Schwarzenbergplatz, das an die 20.000 gefallenen Rotarmisten bei der Schlacht um Wien im April und Mai 1945 erinnert, immer wieder Ziel von Nazi-Attacken ist, muß als Zugabe gewertet werden. Dabei ist Österreich durch den Staatsvertrag 1955 völkerrechtlich verpflichtet, das Denkmal vor Schändungen zu bewahren. Der Zorn der Ende Mai 2019 aus der Regierung geworfenen Freiheitlichen, die sich endlich dauerhaft an den Futtertrögen der Demokratie wählten, tobt sich nicht nur an der Wahlurne aus. Da es den Volksgenossen an V-Waffen ermangelt, zerstören und schänden sie eben antifaschistische Mahnmale und Ausstellungen. Und die von der SPÖ regierte Stadt Linz lehnt die Einrichtung von Stolpersteinen zur Erinnerung an vertriebene und ermordete jüdische Bürger ab. Salzburg ist da besser dran, dort wurden die Stolpersteine „nur“ mit Säure und Farbe attackiert. Es dauerte Jahre, bis die dafür verantwortliche Neonazi-Gruppe ausgehoben war. Den Jugendlichen ist nichts

geschehen, unter anderem auch deshalb, weil sich unter ihnen Söhne aus Salzburger Großbürgerfamilien befanden, der Vater eines Täters saß für die ÖVP im Gemeinderat. Die Buben haben eben ein wenig über die Stränge geschlagen, hieß es. Dumme Jungenstreiche eben, wir waren in unserer Jugend auch nicht anders. Wie recht sie haben.

Als Jörg Haider sich 1986 aufmachte, den faschistischen Kern der Partei um bewegungsaffine Jungwähler, meistens Männer mit formal schlechter Bildung, zu erweitern und, die Versäumnisse und Skandale der rot-schwarzen Koalitionen ausnützend, von einem Wahlerfolg zum anderen eilte, erwiesen sich die sogenannten alten Kellernazis als Hemmschuh. Also trennte Haider, der wenige Jahre zuvor SS-ler in der berüchtigten Krumpendorf-Rede als anständige Menschen bezeichnet hatte, die nichts anderes getan hatten, als die Heimat zu verteidigen, sich vom deutschnationalen Kern und rief eine „unbelastete“ neue Partei aus, das „Bündnis Zukunft Österreich“. Die Folge war eine Parteispaltung. Zu einer Versöhnung zwischen Haider und Strache kam es nie, auch wenn letzterer dieses behauptete. Für Haider war Strache, der einstige Neonazi und Schwiegersohn des NDP Führers Norbert Burger, der vom steirischen Hartberg aus, die alten und jungen Kämpfer um sich versammelt, seinen jungen Jahren zum Trotz, ein Mann der alten Schule, der klassischen alten FPÖ mit unmittelbarem NS-Bezug. Mit Herbert Kickls Hilfe stellte Strache, dem Haiders Unfalltod zupaß kam, die alte Partei Zug um Zug wieder her; die Reste der Haider-Abspaltung waren, abgesehen von ein paar Irrlichtern wie Stefan Petzner, nach fünf Jahren wieder in den Schoß der Mutterpartei zurückgekehrt und wurden von dieser bei den serienweise eintrudelnden Wahlerfolgen mit Mandaten und Pfründen belohnt. Die „Familie“, von der Strache immer sprach, war wieder intakt. Es war aber bereits eine Großfamilie, da wollten viele versorgt werden, unter anderem alle Burschenschafter und so wurde aus diesem Personenkreis, der drei Jahrzehnte als skurriles soziologisches Relikt längst vergangener Herrlichkeit sich plötzlich zum wichtigsten Rekrutierungspool für freiheitliche Machtpositionen emporschwang, zur SS-gleichen

Prätorianergarde der Partei, die gemeinsam mit den befreundeten Identitären für die ideologische und strukturelle Ausgestaltung und Unterfütterung der aufstrebenden Partei sorgte. In den von der FPÖ kontrollierten staatsnahen Betrieben und den Ministerien machte niemand mehr Karriere, der nicht auf eine Burschenschafterverankerung verweisen konnte. In den jeweils rund Hundert Mann umfassenden Stäben der freiheitlichen Minister waren die Burschenschafter bald unter sich, unter den freiheitlichen Parlamentsabgeordneten erreichte der Burschenschafteranteil fünfzig Prozent. Selbst die wenigen Frauen im FPÖ-Parlamentsklub waren, wie die Oberösterreicherin Annemarie Kitzmüller, aktive Mitglieder bei deutschnationalen Mädelschaften. Kitzmüller wurde einer breiteren Öffentlichkeit bekannt, als sie in einer parlamentarischen Anfrage wissen wollte, wie viele Ausländerkinder den Österreichern die Plätze in den Kindertagesstätten wegnähmen. In der Anfrage schrieb sie beharrlich von „Kindergrippen“. Aber nicht alle FPÖ'ler sind schlichte Gemüter mit Drittelbildung, es gibt im Führungspersonal auch einige wenige intelligente Chargen, die aber meist noch weiter rechts stehen als manche tumbe Troß-Angehörige.

In der „Großfamilie FPÖ“ gaben drei Leute den Ton an: H.C. Strache, der „Ideologe“, Redenschreiber und Wahlkampfstrategie Herbert Kickl (der schon unter Haider gedient hatte) sowie der langjährige Abgeordnete und Geschäftsführer Harald Vilimsky. Strache, Kickl und Vilimsky sind allesamt Studienabbrecher. Verkehrsminister Hofer kann zumindest den Abschluß einer flugtechnischen Mittelschule vorweisen. In den kurzen siebzehn Monaten seiner Ministerschaft kümmerte er sich neben der Besetzung der staatsnahen Unternehmen mit Burschenschaffern hauptsächlich um die Erhöhung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen und die Etablierung von Drohnen als Lufttaxi. Die Ehefrau des greisen Waffenproduzenten Glock, der im Ibiza-Video als Sponso der FPÖ genannt wurde, sie war die verdiente Krankenschwester des alten Herrn, wurde von Hofer in den Aufsichtsrat der Luftsicherheitsbehörde Austrocontrol geholt. Seit Jahrzehnten ist bekannt, daß die diversen Glock-Stiftungen zu den Hauptsponsoren der FPÖ zählen. Der Waffenproduzent lässt seit Jahren Dutzende

Wörtherseegrundstücke aufkaufen, und „entwickelt“ darauf jene suizidgrauen Apartmenthäuser, die nicht nur in den Kreisen vermögender Kärntner als letzter Schrei der Architektur gelten.

Die FPÖ ist also eine Großfamilie mit einem verschworenen Clankern. Hannes Androsch, ehemaliger Vizekanzler, SPÖ Finanzminister unter Kreisky, schwerreicher IT-Unternehmer und *elder statesman*, schätzt die Strache FPÖ als weit rechtsstehender als die ohnehin schon stramm rechte bis rechtsextreme Haider-FPÖ ein.

In Salzburg wurde dieser Tage ein Mahnmal für siebzehn von den Nazis hingerichtete Widerstandskämpferinnen errichtet, alle Fraktionen im Gemeinderat waren dafür, mit einer Ausnahme: die FPÖ. Jene Partei, die sich in Straches Sonntagsreden vom NS-Terror distanziert, weigert sich quer durchs ganze Land, Widerstandskämpfern und Naziopfern dieses selbstverständliche Gedenken zukommen zu lassen. Deutlicher kann man die Ablehnung der antifaschistischen *raison d'être* aus den Gründungstagen der Zweiten Republik nicht zeigen. Und Odin Wiesinger, der Lieblingsmaler des vermeintlichen good guys der FPÖ. Norbert Hofer, wurde von der FPÖ in den oberösterreichischen Landeskulturrat in Linz nominiert. Der Mann, der sich zu Recht den germanischen Vornamen arrogiert hat, weil er Blut- und Boden-Bilder, Reichsadler und NS-Sujets auf riesige Leinwände wirft, macht aus seinem Nazi-Herz keine Mördergrube und bezeichnet Insassen von Konzentrationslagern (das KZ-Mauthausen liegt nur zwanzig Kilometer donauabwärts von Linz, die Linzer-Voest Stahlwerke wurden von KZ-Häftlingen unter unmenschlichen Bedingungen errichtet) als zwielichtige, meist kriminelle Gesellen. Auch hier eine Kontinuität; die Beschimpfung von KZ-Insassen findet sich in der freiheitlichen Akademikerzeitung *Aula* durch Jahrzehnte, auch Wiesinger schrieb in diesem Organ, das im Vorjahr eingestellt wurde, weil die FPÖ mittlerweile über mehrere florierende Medienunternehmen und einen in Österreich bei weitem führenden social media-Auftritt verfügt.

Das ist die FPÖ des Jahres 2019: eine durch und durch NS-affine Partei, geführt von drei bis vier zwielichtigen Gesellen und gewählt von einem Viertel, in manchen Regionen einem Drittel, der österreichischen Wählerinnen und Wähler. Ohne die FPÖ kann in der Logik des politischen Systems in Österreich nicht regiert werden. So koalierten sowohl die SPÖ (mit der alten und kleinen 70er Jahre-FPÖ auf Bundesebene, gegenwärtig im Burgenland und in Linz) als auch die ÖVP immer wieder (Kärnten, Graz, Klagenfurt) mit der rechten Partei mit einem rechtsextremen Kern und einer dementsprechenden Weltanschauung. Nach der Jahrtausendwende drängte die FPÖ zweimal in die Bundesregierung – und wurde jeweils von der ÖVP erhört. Beide Regierungen endeten in einem Desaster. Einmal hieß dieses „Knittelfelder Parteitag“ (Haiders Parteispaltung und Kanzler Schüssels Wahltriumph mit 42%), nunmehr trägt das Desaster den Namen Ibizaagate.

Ein Drittel der österreichischen Juden, die Hälfte der Roma und Sinti sowie mehrere Zehntausende behinderte Menschen wurden von den Nazis ermordet. Widerstand kam hauptsächlich von Kommunisten, allein zwischen 1938 und 1943 wurden in Wien und Niederösterreich 6.000 von ihnen verhaftet, ein großer Teil wurde hingerichtet. Den sozialistischen Widerstand ordnete die Gestapo als "Stammtischaktivität" ein, und der konservative Widerstand überschritt – mit einigen wenigen Ausnahmen – kaum die Schwelle eines geflüsterten "Grüß Gott!".

1,2 Millionen Österreicher wurden zur Wehrmacht eingezogen. 240 von ihnen erreichten den Generalsrang. Der Anteil von Österreichern im Sicherheitsdienst und den KZ-Mannschaften war hoch.

In der Wiener Gauleitung war nur eine von achtzehn Positionen mit einem Deutschen besetzt, in der Wiener Gestapo stellten Österreicher achtzig Prozent des Apparats. Die NS-Herrschaft war also auch eine Herrschaft von Österreichern über Österreicher.

Der Krieg hinterließ 247.000 tote oder vermißte österreichische Soldaten, Zehntausende tote Zivilisten, 100.000 schwerbehinderte Menschen, bis vor wenigen

Jahren noch „Invalide“ genannt. Der größte Behindertenverband nannte sich bis vor kurzem noch „Zivilinvalidenverband“ und konkurrierte mit dem traditionell besser gestellten „Kriegsopferverband“ um Fördermittel und Einfluß. Bei der Einführung des von der autonomen Behindertenbewegung (die offiziellen Verbände schlossen sich schließlich an) erkämpften Pflegegelds, sprach sich der „Kriegsopferverband“ scharf gegen ein Pflegegeld für das „zivile“ Krüppelgesocks aus. Wer das Vaterland in Stalingrad und als Mitglied der SS-Mannschaften in Auschwitz und Mauthausen verteidigte und solcherart seine Behinderung mit „Anstand“ erwarb, darf mit dem Kropfzeug, dessen endgültige Vernichtung als „lebensunwertes Leben“ nach dem siegreichen Krieg schon geplant war, nicht in einen Topf geworfen werden.

Wie reaktionär und revisionistisch die Verhältnisse in Österreich im Behindertenbereich nach wie vor sind, mag eine kleine Episode verdeutlichen. Als der Autor dieser Zeilen, der im Rollstuhl sitzt, im Vorjahr im Freibad von Wolkersdorf im Weinviertel von zwei Achtjährigen respektvoll mit „Grüß Gott, Herr Invaliden“ begrüßt wurde, warf der scheue Gruß ein Schlaglicht auf die österreichische Schul- und Lehrerbildung. Napoleon hat nach der Schlacht von Deutsch Wagram in Wolkersdorf Anfang Juli 1809 in Wolkersdorf sein Hauptquartier aufgeschlagen. Er hinterließ keine Spuren. Für die sturschädeligen Weinviertler – noch heute gilt die Wolkersdorfer ÖVP als Stahlhelmfraktion innerhalb der monolithischen niederösterreichischen ÖVP – war es ein Leichtes, mit den Ideen der bürgerlichen Aufklärung aufzuräumen. In den beiden aus der Zeit gefallenen Buben trat mir also die Geschichte dieser Region freundlich und geballt entgegen. Die beiden waren sozusagen nur Agenten eines reaktionären Überbaus. Ich habe zurückgegrüßt. Wenn sie schon von Napoleons aufklärerisch-bürgerlicher Mission keine Ahnung hatten, so sollten sie doch lernen, daß die Invaliden höfliche Leute sind. Als historisch denkender Materialist denkt man auch an kommende Generationen in ferner Zukunft. Selbst Wolkersdorf wird es nicht auf Dauer gelingen, den Progreß der menschlichen Verhältnisse zu blockieren.



500.000 Kriegsgefangene und KZ-Insassen erweiterten in den Jahren der NS-Diktatur den Grundstoff- und Schwerindustriekomplex aus chemischen Betrieben, Aluminium, Eisen- und Stahlwerken, Kohle-, Erdöl- und Erdgaskonzernen sowie der Elektrizitätsversorgung durch Speicherkraftwerke in den Alpen und Laufkraftwerken an den Flüssen. Allein das KZ-Mauthausen unterhielt 49 Nebenlager mit weiteren Teillagern. Der gesamte Schwerindustriekomplex, der in wichtigen Teilen Nazieigentümer, so die SS-Verwaltung, hatte, wurde nach dem Krieg rasch verstaatlicht, um den Zugriff der Sowjetunion auf das ehemalige deutsche Eigentum zu vereiteln. Die Zweite Republik verdankt bedeutende Teile ihrer ökonomischen Basis dem SS- und KZ-Wirtschaftskonzern, ihre schwerindustriellen Säulen – sie bestimmten bis in die 80er Jahre die Wirtschaftsstruktur – sind Sklavenarbeit und Mord.

Erlebten die einen das Ende der NS-Herrschaft als die ersehnte Befreiung, war es für die Parteigenossen die Stunde Null, die große Niederlage, der Zusammenbruch. Für die Mehrheit der Österreicher war das Kriegsende der "Umbruch". In der Unabhängigkeitserklärung vom 27. April heißt es: "Angesichts der Tatsache, daß die Reichsregierung Adolf Hitlers kraft der Annexion des Landes das macht- und willenlos gemachte Volk Österreichs in einen sinn- und aussichtslosen Eroberungskrieg, den kein Österreicher jemals gewollt hat, jemals voraussehen oder gutzuheißen instandgesetzt war, zur Bekriegung von Völkern, gegen die kein wahrer Österreicher jemals Gefühle der Feindschaft oder des Hasses gehegt hat ..."

Wer "macht- und willenlos" einen großen Teil der KZ-Mörder stellt, wer einen Eroberungskrieg nur deswegen ablehnt, weil er "aussichtslos" ist, wer niemals die "Bekriegung von Völkern gewollt", wer also nichts Böses "gutzuheißen instandgesetzt war", der ist nicht nur ein sprachlicher Anfänger, sondern auch einer der Geschichte, er ist mit einem Wort: ein wahrer Österreicher. Die Vorsitzenden der konservativen, der sozialistischen und der kommunistischen Partei unterzeichneten die Erklärung, stellten sich also in den Dienst des wahren Österreichers. Und der katholische Publizist Friedrich Heer verkündete dessen Mission: "Aufgabe jedes

wahren Österreichers war es nun, sich zu gürten zur Wanderschaft und Tag und Nacht mit brennender Fackel durch die Welt zu laufen, um das neue Europa zu suchen, den Ruf unter die Völker werfend: das alte Europa ist tot - auf, schafft das neue."

Diese gemeingefährliche Drohung blieb aber nur Vorsatz, dem zerbombten Land fehlten die Mittel, das grausame Vorhaben in die Tat zu setzen. Erst Jahrzehnte später sollte der wahre Österreicher Alois Mock, Heers Wort eingedenk, als Außenminister mit brennender Fackel durch Jugoslawien laufen, den Ruf unter die südslawischen Völker werfend: Das alte Reich ist tot - schaffen wir das neue, das südslawische Beinhaus. Österreich, das sich mit Aplomb in die Staatenwelt zurückgemeldet hatte, durchforstete seine Geschichte nach Spuren des wahren Österreichers. Das konservative Lager pries die josephinische Aufklärung, denn deren Spuren waren schon zwei Jahre nach Josephs Tod getilgt. Man beschwor das Biedermeier und die Alpen, das förderte den Fremdenverkehr und die Weinwirtschaft. Nicht die Denkmäler, sondern die Idee des Denkmalschutzes wurde zur Apotheose erhoben. Treppenlifte für Behinderte wurden unter die Moderne eingereiht, und die war verpönt, denn sie produzierte keine Staatsdenkmäler des wahren Österreichers. In sentimentalen Stunden gestanden selbst ultramontane Katholiken ihre heimliche Liebe zum barocken Sinnenrausch.

Die Linke pries die josephinische Aufklärung, denn sie war, anders als die französische und englische, ohne Literatur ausgekommen. Und sie beschwor den Österreichmythos, denn er stieß "in der Welt draußen" auf amüsiertes Kopfnicken. Die Pflege des Kulturerbes äußerte sich bei der Linken in verbissener Kunstfeindlichkeit - bis tief in die Zweite Republik war im kommunalen Wohnungsbau die Errichtung von "jüdischen Flachdächern" verpönt, und ehemalige Nazi-Dichter wurden mit Staatspreisen bedacht. Und in sentimentalen Stunden gestanden auch die Revolutionäre und Sozialreformer ihre heimliche Liebe zum sinnenfrohen Barock.

Österreich als Hitlers erstes Opfer: Diese historische Figur beruft sich auf die Moskauer Deklaration der Alliierten Außenminister des Jahres 1943. Verdrängt wurde jedoch der folgende Passus: „Österreich wird aber auch daran erinnert, daß es für die Teilnahme am Kriege ... eine Verantwortung trägt, der es nicht enttrinnen kann, und daß, anlässlich der endgültigen Abrechnung Bedachtnahme darauf zu nehmen ist, wieviel es selbst zu seiner Befreiung beigetragen haben wird, unvermeidlich sein wird.“

Der wahre Österreicher liest nicht gern, er schätzt einfache Botschaften und liebt seine Schriftsteller, sofern sie ihn nicht überfordern. Alexander Lernet-Holenia, Autor des inoffiziellen Regierungsprogramms der Zweiten Republik - "Die Österreicher brauchen nur dort fortzusetzen, wo sie durch Träume eines Irren unterbrochen worden sind" -, erfreute sich hoher Wertschätzung.

Die Zweite Republik kannte keine Sieger, sie kannte nur Opfer: die katholischen Legitimisten, weil Otto Habsburg die Einreise nach Österreich verwehrt blieb; die Sozialisten, weil der Traum vom Anschluß an Deutschland in weite Ferne gerückt war; und die betrogenen Glücksritter von der NSDAP, weil sie ihre Beute nicht länger genießen konnten.

Die Kommunisten fühlten sich mit einigem Recht als Opfer, weil sie sich von der Bevölkerung um das Honorar für den Widerstand betrogen sahen. Die Widerstandskämpfer waren aber im Kampf gegen die Nazi-Herrschaft und nicht im schwärmerischen Streben nach einem wahren Österreichertum gefallen.

Ernst Fischers und Louise Eislers Briefroman über Prinz Eugen, Eva Priesters Geschichte Österreichs und Albert Fuchs' „Geistige Strömungen in Österreich“ beschworen den Österreichmythos, der ohne das Opfertheorem aber nicht zu haben ist, was zur Folge hatte, daß diejenigen, die besonders unter den Nazis gelitten hatten, die Augen vor dem österreichischen Anteil an der NS-Herrschaft niederschlugen. Die Kommunisten fühlten sich aber auch als Opfer der sowjetischen Befreier, die ein naheliegendes Ziel verfolgten: den Transfer der Maschinenstraßen in die zerstörte Sowjetunion. Stalin mag sich manchmal geirrt haben; daß er einen

österreichischen Sozialismus errichten wollte, kann man ihm aber nicht vorwerfen. Er kannte die österreichische Geschichte - 1913 hatte er im Auftrag Lenins in Wien die Nationalitätenpolitik der Habsburger studiert und dabei auch Karl Renner kennengelernt. Dieser wahre Österreicher, der für den Fortbestand der Monarchie eingetreten war und den Einmarsch der Deutschen bejubelt hatte, diente sich den Sowjets als Bundeskanzler an, und Stalin ging auf das Angebot ein. "Daß die Zukunft des Landes dem Sozialismus gehört, ist unfraglich und bedarf keiner Betonung", schrieb Renner an Stalin, und der nahm Renner beim gelogenen Wort, wissend, daß darauf kein Pfifferling zu geben war, weil er diesen Politgauner wenigstens kannte. Endlich spielte Österreich eine nützliche Rolle: als sowjetisches Faustpfand im Kalten Krieg.

„Wir wissen, an welchen Krankheiten die österreichischen Kriegsgefangenen gestorben sind, aber weder wissen wir die Namen der ermordeten Juden, noch wissen wir, wie hoch das den Juden geraubte Vermögen ist“, klagte zum Zeitpunkt der ersten ÖVP-FPÖ Regierung Anfang der 2000er Jahre der Historiker Robert Streibel, als er versuchte, in Arisierungsakten Einsicht zu nehmen. Zuerst wurde ihm beschieden, es gebe keine Aufzeichnungen dieser Art. Der Historiker fand aber heraus, daß die Faszikel in der Abteilung für Naturkatastrophen gelagert wurden. Der Leiter dieser Abteilung erklärte dem Forscher, im Frühjahr würden Hochwasserschäden auftreten, im Sommer verzeichne man Dürreperioden und Hagelschläge, im Herbst sei man wieder mit Hochwasserschäden konfrontiert, und im Winter arbeite man den Überhang an Akten ab. Wie solle man da Zeit finden, sich mit den Arisierungsakten zu beschäftigen. Bei Hochwasser müssten die Juden eben warten.

Nicht einmal einundeinhalb Jahre nach Anbruch einer neuen großen Zeit, die auf mehrere Ewigkeiten angelegt war, suhlt sich der katholische Ex-Kanzler Kurz in der Märtyrerrolle – man ihm den Kanzlerstuhl geklaut. Die FPÖ inszeniert sich nach dem Muster der nibelungischen Recken in Etzels Burg und schwört, mit allen volksfremden Verrätern aufzuräumen und seien sie in den eigenen Reihen. Zwar ist

anzunehmen, daß die Grünen wieder in den Nationalrat zurückkehren – bei der vergangenen Europawahl gelang es ihnen, einen Großteil des alten Wählerstocks wieder hinter sich zu versammeln – daß sie aber gemeinsam mit einer im freien Fall befindlichen SPÖ die Mandatsmehrheit erreichen, ist auszuschließen. Die Linke ist in Österreich auf Bundesebene schon lange nicht mehr vorhanden, ihre Zukunft wird weiterhin eine inselhafte Existenz in einzelnen Städten und einigen wenigen gewerkschaftliche Milieus, vor allem in der Soziawirtschaft, liegen.

So gesehen, hängt das (parlamentarische) Schicksal Österreichs von der Wahlarithmetik ab, sofern es nicht überhaupt zu einer Alleinregierung des strahlenden Phönix mit dem gegelten Haar kommt. Eine Mehrheit für eine ÖVP-NEOS-Regierung ist realistisch. Daß das Land, dessen Liberalismus seit zweihundert Jahren entweder scheiterte oder zu den Nazis abwanderte, jetzt wieder von Liberalen abhängen soll, ist eine wenig erhellende Aussicht. Als geprügelter Linker soll man aber nicht unbescheiden sein. Mit dem Video und der folgenden Regierungssprengung wurde beim Fortbestehen eines stabilen rechten und sogar rechtsextremen Blocks auf der Ebene der politischen Spitzen eine verloren geglaubte Schlacht doch noch gewonnen. Ein Vizekanzler Strache und ein Innenminister Kickl werden uns in Zukunft erspart bleiben. Darauf kann man schon anstoßen. Und daß die Republik in ihren Repräsentanten in die 1780er Jahre der damals revolutionären josephinischen Aufklärung zurückkehrt, soll auch kein Beinbruch sein. Die Hälfte seiner Regierungszeit war Maria Theresias fortschrittlich-diktatorischer Sohn Joseph II. inkognito unter dem Namen Graf Falkenstein mit einem Bediensteten und einem Sekretär in Postkutschen auf Reisen. Was er da zu Gesicht bekam, ließ ihn das größte kontinentaleuropäische Reich wahrlich verstehen und führte ihn zu nicht nur zu damals unerhört kühnen Maßnahmen wie die Auflösung aller kontemplativen, die Besteuerung des Adels und des Klerus und die Gleichstellung der Juden. Die halbe Welt spekuliert über die Produzenten des Ibiza-Videos, dieses feigen „politischen Attentats“ (H.C: Strache). Die FPÖ vermutet sie in der niederösterreichischen Raiffeisen-ÖVP und dem Umfeld von Sebastian

Kurz, andere verdächtigen die „Lügenpresse“, wieder andere jüdische Spindoktoren mit Verbindungen zur SPÖ. Die Wahrheit liegt näher.

Seit geraumer Zeit fährt ein unscheinbarer Mittelklassekombi mit Fahrer und Sekretär durchs Land. Die beiden nicht mehr jungen Herren besuchen Fabriken, Schulen und landwirtschaftliche Industrien, sie studieren die sozialen Verhältnisse, sprechen mit den Ausgebeuteten und Entrechteten und werten auf den Fahrt zum nächsten Ziel die Erkenntnisse aus. Aus Gründen der Tatensicherheit und der Geheimhaltung entraten sie dem digitalen Krempel. Und wenn es geboten erscheint, greifen sie zu unerhört kühnen Maßnahmen.

37 000 Zeichen